Hürzeler: Mehr sparen bei der Schule liegt nicht mehr drin

Schule Aargau Bildungsdirektor hält weitere Kürzungen für unrealistisch

VON JÖRG MEIER

Bildungsdirektor Alex Hürzeler spricht Klartext: «Mehrheitsfähige Sparmöglichkeiten im Bildungsbereich sind offenbar weitgehend ausgereizt», sagt er rückblickend auf das bewegte Bildungsjahr 2016.

Elisabeth Abbassi, Präsidentin des Lehrerverbands, kommt zu einem ähnlichen Schluss. Für sie ist klar: «Die Aargauerinnen und Aargauer wollen keine Bildungswüste. Kinder und Jugendliche sollen weiter gefördert werden. Denn nur so lässt sich unser Wohlstand langfristig sichern.» Und auch Thomas Leitch, Präsident der Bildungskommission, warnt: «Der Regierungsrat sollte beim nächsten Budget nicht noch ein drittes Mal mit den gleichen untauglichen Sparvorschlägen kommen.» Ins neue Jahr nimmt die Regierung den Auftrag mit, ein neues Lohnsystem zu entwickeln, das auch Verbesserungen für Lehrpersonen bringt. Denn im Vergleich zu den Nachbarkantonen verdienen vor allem jüngere Lehrpersonen im Aargau deutlich weniger. Die Konsequenz: Viele wandern ab.

Hürzeler macht aber deutlich, dass die finanziellen Möglichkeiten bei der Ausgestaltung des neuen Systems beschränkt seien und es nicht teurer als das bisherig werden dürfe. Deshalb sollen die Verbesserungen für jüngere Lehrpersonen vor allem durch Verlagerungen erreicht werden. Dabei lässt Hürzeler durchblicken, dass vor allem die Löhne der Quereinsteiger kritisch hinterfragt werden sollen. Bisher erhalten Quereinsteiger, egal wie unerfahren sie sind, fast den gleichen Lohn wie die gleichaltrigen Kollegen.

KOMMENTAR RECHTS, SEITE 20/21

Aargauer Zeitung, 13.12.16

Das Bildungsjahr 2016
Die Schule wehrt sich mit Erfolg

Aargauer Zeitung, 13.12.16

Sparen in der Bildung ist kaum mehr machbar

Die Schule Aargau erlebte ein turbulentes Jahr, das in der Protestkundgebung vom 8. November gipfelte und zeigte, wie schwierig es geworden ist, im Bildungsbereich Sparmassnahmen durchzusetzen.

Grosse Aufmerksamkeit erzeugte die Kundgebung gegen Bildungsabbau mit

VON JÖRG MEIER

Die Frage, wie Schulbildung im Aargau konkret ausgestaltet werden soll und was sie kosten darf, interessiert und polarisiert. Die Diskussionen finden nicht nur unter Fachleuten und in der Politik statt; zunehmend beschäftigt sich auch eine breite Öffentlichkeit mit Bildungsthemen. Begriffe wie «ungebundene Lektionen» oder «Lehrplan 21» halten Einzug in die Aargauer Alltagssprache. 50 000 Unterschriften unter der Resolution gegen Bildungsabbau sowie die Entscheide an der Urne für familienergänzende Kinderbetreuungsstrukturen und gegen die Abschaffung des Berufswahljahres sind Antworten der Bevölkerung auf die eingangs gestellte Frage.

Aber auch der Grosse Rat hat klare Antworten gegeben: Er will die Qualität der integrativen Schulung, wo nötig, verbessern, aber keinesfalls auf sie verzichten. Er lehnt die Initiative «Ja zu einer guten Volksschule» ab, die den Lehrplan 21 verhindern will. Und vor allem wehrte er sich gegen Bildungsabbau an der Volksschule als Sparmassnahme, auch wenn der Kanton das dadurch eingesparte Geld gut hätte gebrauchen können.

Dass der Grosse Rat besonders in einem Wahljahr aber auch gelegentlich regionale Befindlichkeiten höher als sachliche Argumente gewichtet, zeigte er bei der gnadenlosen Versenkung des Raum- und Standortkonzeptes für die Berufsschulen. Mit einer bisher nicht gekannten Heftigkeit meldeten sich zudem die im aargauischen Lehrerverband organisierten Lehrpersonen zu Wort; ihr Engagement gipfelte in der Kundgebung gegen den drohenden Bildungsabbau vom 8. November mit gegen 8000 Teilnehmenden.

Wie die nachfolgende, unvollständige Übersicht zeigt, war das «Bildungsjahr» 2016 reich an Ereignissen, welche die Diskussion um die Zukunft der Schule Aargau mit neuen Aspekten ergänzen, aber auch in eine klare Richtung weisen.

War die Kundgebung noch nötig?

Beginnen wir mit den Lehrpersonen. Rund 11 000 gibt es im Aargau. Neu ist die Vehemenz, mit der sie sich öffentlich gegen die Sparpläne zur Wehr setzten. Und nur auf den ersten Blick überraschend ist das grosse Verständnis, das sie bei den Eltern genossen, als der Unterricht wegen der Kundgebung nur in reduziertem Rahmen stattfinden konnte. Denn die meisten Eltern hielten den Protest offensichtlich für angebracht. Und sie fanden es richtig, dass die Lehrpersonen für die Erhaltung der Qualität des Unterrichts auf die Strasse gingen.

Für Irritation gesorgt hat aber zweierlei. Erstens haben die Lehrpersonen bereits vor der Kundgebung gewusst, dass der Grosse Rat die zentralen Abbaumassnahmen abschmettern würde. Bürgerliche Politiker ärgerten sich und kritisierten, die Kundgebung wäre daher gar nicht mehr notwendig gewesen. Und zweitens müssen sich die Lehrpersonen den Vorwurf anhören, sie hätten vor allem für bessere Löhne demonstriert. Denn auf der von rund 50 000 Personen unterzeichneten Resolution ist die erste Forderung gleich eine Lohnforderung. Das war wohl nicht besonders geschickt.

Andrerseits ist es eine Tatsache, dass die Lehrpersonen eine weitere Lohnnullrunde akzeptieren müssen. Zudem verdienen sie deutlich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarkantonen. Das hat zur Folge, dass viele Junglehrer in Nachbarkantone abwandern, dass Männer in der Primaschule als Lehrpersonen die Ausnahme geworden sind, dass das Durchschnittsalter der Lehrer in Primarschulen bei rund 45 Jahren liegt. Es besteht also durchaus Handlungsbedarf. Denn wir brauchen für unsere Kinder die bestmöglichen Lehrpersonen. Und die wollen wir uns auch leisten.

Neues Lohnsystem kommt

Bildungsdirektor Alex Hürzeler hat denn auch angekündigt, dass nächstes Jahr ein neues Lohnsystem erarbeitet werden soll, das vor allem die jungen Lehrpersonen besserstellt. Allerdings werde aber insgesamt kaum mehr Geld zur Verfügung stehen. Es wird also vor allem um Umlagerungen gehen. So liess Hürzeler auch durchblicken, dass künftig bei den Löhnen für Quereinsteiger Abstriche gemacht werden könnten. Dass der Kanton Aargau nach wie vor und vor allem ein Kanton der Regionen ist, beweist der Schiffbruch, den das Raum- und Standortkonzept der Sekundarstufe II erlitten hat. Es war von keiner Seite bestritten, dass durch die Konzentration der Berufsschulstandorte auf weniger, dafür grössere und gut ausgerüstete Schulen, der Kanton jährlich rund sechs Millionen Franken hätte sparen können. Nachdem die erste Vorlage 2015 fürchterlich zerzaust worden war, brachte die Regierung eine neue, regionenfreundlichere Light-Version mit Einsparungen von nur noch zwei Millionen Franken. Doch auch diese Vorlage hatte keine Chance. Die verschiedenen Regionen lobbyierten höchst erfolgreich für ihre Schulen. Die Bildungskommission erklärte, regionale Anliegen seien höher zu gewichten als ein möglicher Spareffekt. Und der Grosse Rat wies die Vorlage ohne überhaupt darauf einzutreten zurück an den Absender.

Ob die regionale Solidarität aber auch spielt, wenn es darum geht, die von der

45

Jahre beträgt das Durchschnittsalter der Lehrpersonen an der Primarschule. Der Frauenanteil beträgt rund 83 Prozent.

Wie war das Bildungsjahr?

Drei wichtige Protagonisten erklären, warum das Bildungsjahr 2016 bedeutend war und wie es mit der Schule Aargau weitergehen soll.

VON JÖRG MEIER

Sie setzen sich alle engagiert für die Schule Aargau ein, allerdings oft mit unterschiedlichem Fokus: Bildungsdirektor Alex Hürzeler, Elisabeth Abbassi als Präsidentin des aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands und Thomas Leitch als Präsident der grossrätlichen Bildungskommission.

Wir haben die drei wichtigen Protagonisten in der politischen Debatte um die Zukunft der Schule Aargau gebeten, aus ihrer Sicht die Ereignisse im «Bildungsjahr 2016» zu werten und haben ihnen dazu diese drei Fragen gestellt: Welches waren aus Ihrer Sicht die herausragenden Merkmale oder Ereignisse des «Bildungsjahres 2016»? Welche Erkenntnisse brachten die Ereignisse des «Bildungsjahres 2016»? Was sind allfällige Konsequenzen daraus ?

Die Statements enthalten klare Aussagen und trotz aller Unterschiede doch auch überraschende Gemeinsamkeiten. Etwa, was das Bildungssparen betrifft oder das gescheiterte Standortkonzept der Berufsschulen.

Der Präsident Bildungskommission

«Nicht noch ein drittes Mal untaugliche Vorschläge»

Thomas Leitch.

«Herausragendes Ereignis waren sicher die grosse Protestkundgebung vom 8. November mit 8000 Personen gegen das Sparen bei der Bildung und die fast 50 000 Unterschriften der Resolution gegen den Bildungsabbau.

Am 27. November setzten die Stimmbürger ein weiteres Signal gegen das Sparen an der Front und lehnten die Abschaffung des Berufswahljahres ab. Bemerkenswert ist auch das Scheitern des Standortkonzepts für die Aargauer Berufsschulen.

Sparvorhaben, die die Volksschule im Kern schwächen und die Kinder direkt betreffen, haben es schwer. Das gescheiterte Standortkonzept für die Aargauer Berufsschulen zeigt, dass es fast unmöglich ist, im Aargau der Regionen eine Berufsschule zu schliessen.

Die Zitrone in der Bildung ist ausgepresst. Der Regierungsrat sollte beim nächsten Budget nicht noch ein drittes Mal mit den gleichen untauglichen Sparvorschlägen kommen.

Die Konsequenzen, die sich aus dem «Bildungsjahr 2016» ergeben, sind für mich offensichtlich: Strukturelle Änderungen wie die Schliessung von Schulen haben ihren Preis und sind im Kanton der Regionen unbeliebt.

Im Beruf- und Mittelschulbereich herrscht aber nach wie vor Handlungsbedarf und schon bald dürfte das Thema wieder aufs Tapet kommen.»

Die Präsidentin des Lehrerverbands

«Die Aargauer wollen keine Bildungswüste»

Elisabeth Abbassi.

Die bedeutendsten bildungspolitischen Ereignisse waren aus meiner Sicht die Abstimmung zu den familienergänzenden Kinderbetreuungsstrukturen, dann die politischen Debatten um das gescheiterte Standort- und Raumkonzept und um die integrativen Schulungsformen, der wachsende Widerstand gegen den Bildungsabbau, der sich in 50 000 Resolutionsunterschriften und 8000 Kundgebungsteilnehmenden manifestierte, und schliesslich die Budgetdebatte im November.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich im November zum zweiten Mal gegen die Abschaffung des Berufswahljahres ausgesprochen. Die grosse Unterstützung der Resolution gegen den Bildungsabbau und der Protestkundgebung konnte auch von Regierung und Parlament nicht ignoriert werden.

Die Botschaft ist klar: Die Aargauerinnen und Aargauer wollen keine Bildungswüste. Kinder und Jugendliche sollen weiterhin gut gefördert werden, denn nur so lässt sich unser Wohlstand langfristig sichern.

Mit dem Streichen notwendiger Unterstützungsformen könnten die Ausgaben nicht gesenkt, sondern nur verschoben werden, der Staat würde damit sozusagen auf Pump leben. Echte Kostensenkung beginnt mit einer guten Bildung der Jugendlichen.»

gegen 8000 Teilnehmenden am 8. November in Aarau. FABIO BARANZINI

Schliessung bedrohten Klein- und Kleinstschulen in den Gemeinden zu retten, ist eine andere Frage.

Komitee gegen die Initiative

Die Schule Aargau verändert sich stetig. Die Umstellung auf sechs Jahre Primarschule und drei Jahre Oberstufe, die jahrelang bekämpft wurde, ist erfolgt, sie funktioniert und ist nach zwei Jahren kaum mehr ein Thema. Das Prinzip der integrativen Schulung ist akzeptiert, Schwachstellen sollen nun behoben werden; Schulen, die lieber separativ arbeiten möchten, dürfen das weiterhin tun. Auch hier hat der Grosse Rat ein deutliches Signal gesetzt.

Bleibt der neue Lehrplan 21. Es handelt sich dabei bei um einen verbindlichen Auftrag der Bundesverfassung nach der Volksabstimmung im Jahre 2006. Der Aargau muss bei der Schulharmonisierung mitmachen, aber er kann den Lehrplan 21 nach den eigenen Bedürfnissen weitgehend «kantonalisieren». Er soll auf das Schuljahr 2020/21 im Aargau eingeführt werden. Der Grosse Rat hat die Initiative «Ja zu einer gute Schule - nein zum Lehrplan 21» abgelehnt. Die Initiative würde, falls sie vom Volk angenommen wird, durch ihre restriktiven Forderungen den Aargau bei der adäquaten Umsetzung empfindlich einschränken und behindern.

Hier setzen Grossräte aller Parteien von links bis rechts gemeinsam ein Zeichen mit der Gründung des überparteilichen Komitees «Bildungsbremse Nein», das die Initiative bekämpft. Erst, wenn das Volk am 12. Februar 2017 über die Initiative entschieden hat, will der Regierungsrat die konkrete Umsetzung des Lehrplans 21 angehen.

Da ist es hilfreich zu wissen, dass Bevölkerung und Politik bereit sind, für qualitativ gute Bildung den Preis zu bezahlen. Auch das eine Erkenntnis aus dem bewegten Bildungsjahr 2016.

BILDUNGSJAHR 2016

Chronologie der Ereignisse

- **2. Juni:** Die aargauische Volksinitiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» wird mit 4392 gültigen Unterschriften eingereicht.
- **5. Juni:** Das Aargauer Stimmvolk spricht sich mit 53 Prozent Ja-Stimmen für eine gesetzliche Regelung der familienergänzenden Kinderbetreuung aus.
- **28. Juni:** Der Grosse Rat lehnt die Initiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» ohne Gegenvorschlag ab.
- **8. August:** Das System «Alsa» wird flächendeckend eingeführt. Es dient der Verwaltung der Anstellungen und Pensen von über 11 000 Lehrpersonen.
- **30. August:** Das überarbeitete Raum- und Standortkonzept für die Berufs- und Kantonsschulen wird vom Grossen Rat versenkt. Es bleibt alles, wie es ist.
- **4. November:** Bildungsdirektor Alex Hürzeler verbietet eine Plakataktion an den Aargauer Kantonsschulen, die den geplanten Bildungsabbau thematisiert.
- **8. November I:** Kundgebung mit rund 8000 Teilnehmenden gegen Bildungsabbau in Aarau. Eine Resolution mit fast 50 000 Unterschriften wird Grossratspräsident Marco Hardmeier übergeben.
- **8. November II** Der Grosse Rat hält am Prinzip der integrativen Schulung fest, die Regierung verspricht Anpassungen auf das Schuljahr 2018/19.
- **27. November:** Das Aargauer Stimmvolk lehnt mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen an der Urne zum zweiten Mal die Abschaffung des Berufswahljahres ab.
- **29. November:** Der Grosse Rat lehnt die Reduktion der Stundentafel und der ungebundenen Lektionen an der Primarschule deutlich ab.

Der Vorsteher des Departements Bildung, Kultur und Sport

«Die Sparmöglichkeiten sind weitgehend ausgereizt»

Alex Hürzeler.

Wir haben im vergangenen Jahr einige wichtige Akzente setzen können, die für die weitere Entwicklung der Aargauer Volksschule von Bedeutung sind: In einem zweijährigen Schulversuch testet das Departement Bildung, Kultur und Sport eine vereinfachte pauschale Berechnungs- und Zuweisungsart der Ressourcen im Volksschulbereich.

Ebenfalls eine Vereinfachung der administrativen Abläufe hat Alsa (Administration Lehrpersonen Schulen Aargau) gebracht: Es wurde auf das Schuljahr 2016/17 flächendeckend eingeführt und dient der Verwaltung der Anstellungen und Pensen von über 11 000 Lehrpersonen.

Der Grosse Rat hat den eingeschlagenen Weg in Bezug auf einen neuen Aargauer Lehrplan zweimal eindrücklich bestätigt: Einmal bei seinem Votum gegen einen Vorstoss, der die Sistierung sämtlicher Vorarbeiten verlangte, und ein zweites Mal bei seinem deutlichen Entscheid, die Initiative «Ja zu einer guten Bildung - Nein zum Lehrplan 21» zur Ablehnung zu empfehlen.

Gegen Ende des Jahres hat der Regierungsrat entschieden, dass er ab 2017 die Weichen stellen will für eine Ablösung der heute geltenden Arbeitsplatzbewertungs- und Lohnsysteme von Lehrpersonen und Verwaltung.

Der Aargau soll weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber auch für Lehrpersonen sein. Welchen Handlungsspielraum es dazu trotz der anspruchsvollen finanziellen Situation gibt, ist nun in einem ersten Schritt aufzuzeigen. Denkbar ist aus meiner Sicht beispielsweise, dass das Lebensalter im Verhältnis zum Dienstalter eine weniger starke Rolle spielen wird.

Für mich enttäuschend war das Ende des Standortkonzepts Sekundarstufe II. Offenbar ist trotz anspruchsvollen finanzpolitischen Rahmenbedingungen und allseits anerkannter Auslastungsprobleme niemand bereit, sich im Sinne einer vorausschauenden längerfristigen Planung zu bewegen. Insbesondere bei den kantonal geführten Schulen führt dies zu einer unbefriedigenden «Pflästerlipolitik» und bei den kleineren Berufsfachschulen zu gewichtigen betriebswirtschaftlichen Nachteilen, was sich früher oder später auch auf die Bildungsqualität auswirken kann.

Schliesslich haben die Sparbemühungen des Regierungsrats auch das Bildungsjahr 2016 deutlich geprägt. Die Kundgebung von Lehrpersonen-, Schulleitungs-, Schulpflege- und Elternorganisationen sowie die Grossratsentscheide der letzten Tage haben jedoch gezeigt, dass mehrheitsfähige Sparmöglichkeiten im Bildungsbereich offenbar weitgehend ausgereizt sind.

Aargauer Zeitung, 13.12.2016

KOMMENTAR

Der neue Wert der Schulbildung

Die Aargauer Lehrer gehen auf die Strasse und protestieren gegen die Sparmassnahmen zulasten der Schule; sie ernten viel Verständnis und kaum Kritik. An der Urne entscheiden sich die Aargauerinnen und Aargauer für eine familienergänzende Kinderbetreuung und sie lehnen die Abschaffung des Berufswahljahres ab. Der Grosse Rat weigert

von Jörg Meier

sich, der Schule weniger Lektionen zuzusprechen. Die Regierung verspricht ein neues Lohnsystem, das Verbesserungen für Lehrpersonen bringt. Und Bildungsdirektor Alex Hürzeler erklärt, die Sparmöglichkeiten im Bildungsbereich seien weitgehend ausgereizt.

Diese Ereignisse aus dem Bildungsjahr 2016 zeigen, dass Bevölkerung und Politik den Wert der Schulbildung neu und etwas anders beurteilen. Trotz angespannter Finanzlage des Kantons mehren sich die Zeichen, dass sich die Aargauerinnen und Aargauer die bestehende Qualität der Bildung weiterhin leisten und nicht daran rütteln möchten. Die Erkenntnis setzt sich durch, dass diese Qualität zwar ihren Preis hat, dass man aber auch bereit ist, diesen Preis zu bezahlen.

Mit dieser Gewissheit, die uns das Bildungsjahr 2016 gebracht hat, kann die Schule Aargau auch zuversichtlich die nächsten Schritte wagen. Zum Beispiel die Auseinandersetzung mit dem neuen Lehrplan 21. Da geht es letztlich um die wichtigste und vielleicht auch schwierigste aller Schulfragen: Es gilt, aus der unendlichen Vielfalt der Welt auszuwählen, was den Schülerinnen und Schülern im Aargau vermittelt werden soll.

@ joerg.meier@azmedien.ch